

VG Stromberg: Rat nickt Haushaltsplan für 2016 ab

Finanzen Einstimmiges Votum der drei Fraktionen – Personalkosten steigen

Von unserem Redakteur
Dominic Schreiner

■ **VG Stromberg.** Mit einem einstimmigen Votum haben die Fraktionen von CDU, SPD und WGS/WGP im Rat der Verbandsgemeinde Stromberg in seiner Sitzung am Mittwochabend den Haushaltsplan für 2016 verabschiedet. Bei Erträgen in Höhe von rund 6 262 000 Euro und zu erwartenden Ausgaben in Höhe von 6 828 000 Euro wird die VG zumindest nach aktuellem Planungsstand das Haushaltsjahr mit einem Minus von voraussichtlich gut 566 000 Euro für den Ergebnishaushalt – also bei den Erträgen und Aufwendungen der laufenden Verwaltung – beschließen. Somit wird das Eigenkapital der VG wie auch schon in den Vorjahren weiter schrumpfen.

Auch beim Ertragshaushalt, der den tatsächlichen Geldfluss in der VG abbildet, ist ein Defizit von 319 000 Euro zu erwarten, da die laufenden Einzahlungen nicht ausreichen, die laufenden Ausgaben und Tilgungen der Kredite der VG zu finanzieren. Um den Haushalt auszugleichen, wird die VG Stromberg weitere Liquiditätskredite über 296 000 Euro und weitere Kredite über 174 800 Euro zur Finanzierung der Investitionen 2016 aufnehmen müssen.

In ihrer Haushaltsrede verwies VG-Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) zur Erklärung für den erneuten nicht ausgeglichenen Haushalt vor allem auf den Faktor Personalkosten, der einerseits unter anderem durch Tarifabschlüsse, andererseits auch durch die Aufstockung des VG-Personals ansteigen werde: Gegenüber 2015 wird die Verbandsgemeinde in diesem Jahr drei Mitarbeiter – eine Stelle im Ordnungsdienst, einen hauptamtlichen

Feuerwehrgerätewart und einen Klimaschutzbeauftragten – mehr beschäftigen. Um es vorwegzunehmen: Auch wenn sich die CDU bei der Abstimmung geschlossen hinter den Haushaltsplan der VG-Verwaltung stellte, betonte Fraktionsvorsitzender Benjamin Hilger (Stromberg), dass man in naher Zukunft darüber diskutieren müsse, ob die VG mit der Schaffung der Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten tatsächlich „ein Fixum produzieren“ müsse.

Darüber hinaus werden im Bereich Asyl, im Bereich Vorzim-

„Ohne die Helfenden in der Flüchtlingshilfe wären meine Mitarbeiterinnen im Sozialamt maßlos überfordert.“

VG-Bürgermeisterin Anke Denker findet in mehr als 40 Ehrenamtlichen, die sich im Rahmen des Projekts „Ich bin dabei“ um die insgesamt 95 Schutzsuchenden in der VG aufopfernd kümmern.

mer/Personal und erneut beim Ordnungsdienst Stellenanhebungen erfolgen. Im Vergleich mit Verbandsgemeinden ähnlicher Größenordnung liege die VG Stromberg gerade in Sachen Personalkosten, die hier 38 Prozent der Aufwendungen im Ergebnishaushalt ausmachen, jedoch immer noch weit unter dem Niveau anderer, betonte Denker.

Entlastung bringen da auch die rund 40 ehrenamtlichen Helfer, die sich im Projekt „Ich bin dabei“ in bis zu sieben Gruppen eigenständig um die 95 Flüchtlinge in der VG kümmern – und so das Personal der VG erheblich entlasten. „Ohne die

Helfenden in der Flüchtlingshilfe wären meine Mitarbeiterinnen im Sozialamt maßlos überfordert“, fand Denker lobende Worte für die Ehrenamtler.

Als „Luft im Haushalt“ bezeichnet CDU-Fraktionschef Hilger das nach Meinung seiner Fraktion vorhandene Potenzial, das dazu führen könnte, dass der Finanzhaushalt der VG im Jahresabschluss „nicht mit einem Minus, sondern mit einem ordentlichen Plus“ enden könnte. Einsparungen könnten nach Vorstellung der CDU vor allem bei den geplanten Investitionen möglich sein. Darüber hinaus böten sowohl die Einnahmen aus der Verbandsgemeindeumlage (2,99 Millionen Euro) und die aus der Vermögenssteuer (445 000 Euro), die sich 2016 beide auf Rekordniveau bewegen, gute Voraussetzungen für einen positiven Jahresabschluss.

SPD-Fraktionsvorsitzende Nicole Reißert (Dörrebach) bekräftigte Denkers Aussage, dass „der Haushalt unter den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufgestellt worden sei“. Trotz aller Umsicht seien jedoch weder der Ergebnis- noch der Finanzhaushalt auszugleichen gewesen. Dennoch sei die Schaffung der neuen Stellen im Rahmen einer Fürsorgepflicht gegenüber den VG-Mitarbeitern unabdingbar, da diese hoher Arbeitsbelastung ausgesetzt seien.

Marlis Klauer, Fraktionschefin der WGS/WGP, betonte in Sachen Klimaschutzbeauftragter die Möglichkeiten, die dieser für die VG mitbringen könne: Ein solcher Experte könne Zugangsmöglichkeiten zu bislang noch ungeahnten Fördermöglichkeiten eröffnen. Klauer endete mit einem fraktionsübergreifenden Appell: „Unsere Zukunftsaufgabe im VG-Rat muss lauten: gemeinsam sparen.“

Denker nimmt Rüge in Kauf

VERBANDSGEMEINDERAT Bürgermeisterin will trotz Schulden Umlagen für Stromberger Gemeinden nicht erhöhen

Von Wolfgang Bartels

STROMBERG. Der Beamer will nicht strahlen. Eine verzweifelte Bürgermeisterin drückt alle Tasten ihres Laptops. Doch Hilfe naht. Ausgerechnet CDU-Oppositionsführer Benjamin Hilger gelingt es, das widerwillige Gerät in Gang zu bringen. Jetzt kann Anke Denker (SPD) dem Verbandsgemeinderat ihren Entwurf für den Haushalt 2016 vorstellen. Etwas später werden sich Denker und Hilger streiten. Braucht die Gemeinde wirklich einen Klimabeauftragten für 50 000 Euro im Jahr? Die CDU sagt nein, Bürgermeisterin und Ratsmehrheit sagen ja, unbedingt. Im Gegenzug reklamiert es die CDU als ihre Idee, wiederum 50 000 Euro für ein touristisches „Marketingkonzept“ locker zu machen, was dann die einhellige Zustimmung findet. Macht also zusammen 100 000 Euro – die die Verbandsgemeinde indes bekanntlich gar nicht hat.

Gewaltige Summen

Gewaltige Summen werden an diesem Abend bewegt. 6,8 Millionen Euro hat die Verbandsgemeinde zu vergeben, aber noch nie waren die Schulden mit 3,2 Millionen Euro so hoch. Um den Haushalt 2016 zu decken, fehlen glatte 565 936 Euro. Doch trotzdem soll die Umlage für die Gemeinden an die VG-Kasse nicht erhöht werden. Bürgermeisterin Denker



Energie und damit Kosten sparen will die Verbandsgemeinde an der Grundschule Stromberg. Die Gebäude sollen energetisch saniert werden. Offen ist allerdings, ob die Baumaßnahme noch in diesem Sommer über die Bühne gehen kann. Foto: Wolfgang Bartels

trotzig: „Die Verwaltung ist bereit, sich hierfür eine Rüge der Kommunalaufsicht einzuholen.“ Einstimmig nimmt der Rat den Haushaltsplan an. Für 585 000 Euro soll die Grundschule Stromberg energetisch saniert werden. Ein erster Baubauabschnitt dazu wurde bereits 2009/10 absolviert. Nun

MINUS IN GEMEINDEKASSE

- So umfangreich wie 2016 war der Haushalt der Verbandsgemeinde Stromberg noch nie. Erträgen von 6 262 626 Euro stehen Aufwendungen von 6 828 562 Euro gegenüber, das heißt: die Gemeindekasse wird ein Minus von 565 936 Euro machen, das zum großen Teil mit Krediten überbrückt werden soll.
- Das führt dazu, dass die VG Stromberg mit 3,2 Millionen Euro verschuldet ist.
- Zum Vergleich: 2011 betrug die Schulden erst 1,9 Millionen – seither wird der Schuldenberg immer höher.

sollen der Verwaltungstrakt und der Nordflügel folgen. Die Gemeinde hofft darauf, dass das Land diese Maßnahme zu 90 Prozent fördern wird. Nach Eingang des Bewilligungsbescheids soll ein Architekt mit der Planung beauftragt werden. Ob allerdings noch in den Sommerferien mit den Arbeiten begonnen werden kann, wie es sich die Bürgermeisterin wünsche, sei fraglich.

Gute Nachrichten gibt es für das Projekt „Ich bin dabei“, in dem sich mehr als 40 Ehrenamtliche um Flüchtlingsarbeit, Lebensmittelausgabe, Café Grenzenlos, Kleiderkammer, Reparatur-Café und vieles andere kümmern. Bisher treffen sich die sieben Gruppen im völlig beengten Paul-Schneider-

Haus. Nun will die Verbandsgemeinde den ehemaligen Schlecker-Markt im Stadtzentrum anmieten, damit „Ich bin dabei“ eine Anlaufstelle unter eigener Regie bekommt. Allerdings soll ein Architekt mit der Nutzungsänderung und des Brandschutzs geklärt werden. Das Veterinäramt müsse dem Umgang mit Lebensmitteln zustimmen. Erst wenn alles geklärt sei und keine allzu hohen Umbaukosten erforderlich seien, werde die Gemeinde den Mietvertrag unterzeichnen.

Der neue Geschäftsführer der Gesellschaft für Gewerbesiedlung, Gerd Strauß, gibt einen Überblick nach den Turbulenzen und der Fast-Insovenz des Vorjahres. 2015 habe

es keinen Grundstücksverkauf gegeben, obwohl noch 10 Hektar Fläche zu vergeben seien. Im neuen Jahr bestehe die Chance, 1,5 Hektar zu veräußern. Interessenten seien zahlreich vorhanden, versichert Strauß. Zurzeit habe die Gesellschaft Verbindlichkeiten von drei Millionen Euro. Sollten sich für alle Flächen Käufer finden, bestehe die Chance auf fünf Millionen Euro Erlös. Immerhin seien im Gewerbegebiet bisher 600 Arbeitsplätze geschaffen worden. 1,6 Millionen Euro würden allein durch die Vermögenssteuer der dortigen Unterhaltungsbetriebe direkt in die Kasse der Verbandsgemeinde gespült, da diese Abgabe nicht mit anderen Körperschaften geteilt werden müsse.

Grundschule Stromberg: Sanierung fortsetzen

VG-Rat Energetische Erneuerung für 580 000 Euro geplant – Land soll 90 Prozent der Maßnahme fördern

Von unserem Redakteur
Dominic Schreiner

■ **VG Stromberg.** Der sicherlich wichtigste Tagesordnungspunkt der Ratssitzung der Verbandsgemeinde Stromberg am Donnerstagsabend war die Verabschiedung des Haushaltsplans für 2016 (wir berichteten). Doch die im öffentlichen Teil aus insgesamt zwölf Punkten bestehende Tagesordnung hatte auch noch weitere interessante Themen zu bieten.

So wird es an der Grundschule in Stromberg in absehbarer Zeit zu größeren baulichen Veränderungen kommen. Nachdem 2009/2010 bereits der Klassentrakt aus dem Jahr 1976 sowie der Anbau von 1990 energetisch saniert wurden, sollen jetzt in zwei weiteren Bauabschnitten auch der Verwaltungstrakt und der Altbau im Nordflügel einer energetischen Sanierung un-

terzogen werden. Möglich macht dies das sogenannte Kommunale Investitionsprogramm 3.0, auf dessen Grundlage Fördergelder beantragt wurden. Das förderfähige Gesamtvolumen für die Maßnahme beträgt 580 000 Euro, von denen 90 Prozent durch das Investitionsprogramm bezahlt werden könnten.

Start nach den Sommerferien

Sollte der Förderantrag bewilligt werden, will die VG nach einstimmigem Ratsbeschluss auch erst nach verbindlicher Zusage – „um auf der sicheren Seite zu sein“, wie VG-Chefin Anke Denker (SPD) betonte – den Architekten Hans-Otto Machwirth aus Schöneberg mit Planung und Ausschreibung beauftragen. Verläuft alles nach Plan, geht es mit der Sanierung auch schon in den Sommerferien nach dem laufenden Schuljahr los. Auch in der Grundschule Dörrebach/Sei-

berbach könnte sich bald etwas tun: Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses der VG beschloss der Rat – erneut einstimmig –, Angebote für den Einbau einer Küche einzuholen. Denn an der Grundschule wird seit diesem Schuljahr eine Nachmittagsbetreuung angeboten, und zwar mit gutem Erfolg. Aktuell nehmen 15 Schüler das Angebot wahr. Mittags bekommen die Kleinen momentan noch das zu essen, was ihnen ihre Eltern in Lunchpakete packen. Nach den Sommerferien und dem für die schulfreie Zeit geplanten Einbau einer Küche sollen die Kinder dann auch ein warmes Mittagessen bekommen, das angeliefert und in der Küche fertiggemacht werden soll. Im VG-Haushalt wurden zu diesem Zweck bereits vorsorglich 22 000 Euro eingeplant.

Seit Jahresanfang führt Gerd Strauß die Geschäfte der vor der In-

solvenz geretteten Gesellschaft für Gewerbeansiedlung Stromberg (GGS) alleinverantwortlich. Der ehemalige Waldlaubersheimer Ortsbürgermeister, einer der Gründerväter der GGS, gab dem Rat einen kurzen Überblick über die laufenden Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft. Für das Geschäftsjahr 2016 erwartet Strauß endlich wieder Verkäufe von den noch vorhandenen rund 10 Hektar Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Waldlaubersheim.

Keine Verkäufe im Jahr 2015

Im vergangenen Jahr hatte die GGS noch unter alter Geschäftsführung erneut keine der Flächen veräußern können, geriet dadurch ins Trudeln und drohte, in die Insolvenz zu rutschen. Erst eine Übernahme der gut 3 Millionen Euro Schulden der GGS durch die VG rettete die Gesellschaft vor dem Aus.

Seitdem laufen nicht nur auf persönlicher Ebene Erneuerungsprozesse. So sollte auch der Gesellschaftsvertrag geändert werden: Künftig soll der Aufsichtsrat wegfallen und durch eine Gesellschafterversammlung ersetzt werden.

Dieser wiederum sollten qua Amt der Waldlaubersheimer Ortsbürgermeister und die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses angehören – eine Neuerung, die aber das für die Änderung des Vertrags zuständige Amtsgericht in Kreuznach nicht anerkennt. So lange, wie hier keine abschließende Einigung stattgefunden hat, bleibt der Aufsichtsrat bestehen. „Einnahmen erhöhen, Ausgaben senken“ – auf diese einfache Formel brachte Strauß das Überlebenskonzept für die GGS. Der Rat beschloss dann auch immerhin die Senkung einer Büro-, Telefon- und Portopauschale von 2533 auf 1400 Euro.